

Aus: Karl Aiginger et al. (Hrsg.)
 Impulse für das Unternehmen Österreich
 Überreuter, Wien 1999

Stephan Schulmeister

Die Zukunft des Europäischen Modells

Um den »Möglichkeitsraum« der künftigen Entwicklung des (kontinental)europäischen Modells einzugrenzen, sollen zunächst seine wichtigsten Elemente und seine Performance in der Nachkriegszeit skizziert werden, insbesondere im Kontrast zum amerikanischen Gesellschaftsmodell (spätestens seit Thatcher kann letzteres auch als angelsächsisches Modell gelten; der Einfachheit halber werden im folgenden die beiden Konzeptionen als europäisches bzw. amerikanisches Modell bezeichnet).

Was ist das europäische Modell?

Die wichtigsten Unterschiede zwischen dem europäischen und dem amerikanischen Modell lassen sich aus der **Geschichte** der beiden Gesellschaften, und damit auch aus den unterschiedlichen Lebensgewohnheiten und Wertordnungen begreifen.

Die Geschichte Nordamerikas bzw. der Vereinigten Staaten ist eine Geschichte der Einwanderer, der Abenteurer und Eroberer (»Go West«), der individuellen Helden, sei es als Cowboys, Unternehmer, Finanzspekulant oder Politiker. Dementsprechend hoch ist der Stellenwert des **Individualismus** (»jeder ist seines Glückes Schmied«) und die räumliche, soziale und berufliche Mobilität der einzelnen. Die Organisation von Interessen in Verbänden spielt eine im Vergleich zu Europa geringe Rolle; dies gilt insbesondere für die Interessen der Arbeitnehmer: Eine Arbeiterpartei konnte sich nicht entwickeln, Mitgliederdichte und Einfluß der Gewerkschaften sind klein.

In den europäischen Gesellschaften prägte hingegen die Eingebundenheit in Verbänden, sei es im Rahmen der Grundherrschaft, der Zünfte, der Städte oder der Staaten, das Leben, wobei zwischen jenen »oben« und jenen »unten« wechselseitige Rechte und Pflichten bestanden. Diese Tradition führte in Europa nach der industriellen Revolution und der Zerstörung der feudalen Bindungen einerseits zur **Organisation der Arbeiterinteressen** in Form von Gewerkschaften und Parteien, und andererseits dazu, daß nunmehr der (»Vater«) Staat Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer vor den »ungebändigten« Märkten und Unternehmern ergriff: Sozialversicherung, Kündigungsschutz und Regulierungen des Wohnungsmarkts prägten die gesellschaftliche Entwicklung Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (nicht individuelle »charity« der Wohlhabenden sollte soziale Not mildern, wie in den USA, sondern das »**System Politik**«).

Mit der Verschärfung der »sozialen Frage« und damit der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, ging jene Ideologie in die politische Offensive, welche den Menschen **nur** als gesellschaftliches Wesen betrachtet; der **Sozialismus** auf der Basis des Marxismus-Leninismus. Dem setzten die Vermögenden eine Ideologie entgegen, welche den Menschen **nur** als Individuum betrachtet; den **Neoliberalismus**. Sowohl die Weltwirtschaftskrise als auch der nachfolgende Faschismus war das Resultat dieses unversöhnlichen Konflikts: In der

Weitwirtschaftskrise prallten die ökonomischen und politischen Gegensätze aufeinander, im Faschismus wurden sie zwangsweise »integriert«, indem ihre Existenz verleugnet wurde (»Volksgemeinschaft«).

Auf der Grundlage dieser Erfahrungen, insbesondere auch ihrer wissenschaftlichen Verarbeitung durch den Keynesianismus, und vor dem Hintergrund des kommunistischen Vormarschs, wurde in (West-)Europa nach 1945 das europäische Modell in Gestalt der **Sozialen Marktwirtschaft** realisiert: Der Grundkonflikt zwischen Arbeit und Kapital sollte durch die Dynamik einer vom Staat bzw. dem »System Politik« regulierten (»sozialen«) Marktwirtschaft gesellschaftlich integriert werden (»Wohlstand für alle« lautete das Hauptwerk von Ludwig Erhard). Überdies sollten Auseinandersetzungen in den Arbeitsbeziehungen durch die Verbände der Unternehmer und Arbeitnehmer ausgetragen werden; typisch für diese korporatistische Gestaltung der »labor relations«, bei der sowohl berücksichtigt wurde, daß beide Partner im selben Boot sitzen, als auch, daß sie unterschiedliche Interessen haben, war und ist das, was in Österreich die Sozialpartnerschaft und in Deutschland der »rheinische Kapitalismus« genannt wird.

Im europäischen Modell werden somit das »Steuerungssystem Markt und Unternehmen« und das »Steuerungssystem Politik und Staat« nicht als gegensätzlich begriffen, sondern als einander ergänzend: Aufgabe der Märkte und Unternehmen ist es, Investition, Produktion und Handel privater Güter effizient zu organisieren, der Staat wiederum setzt die »Spielregeln«, er dämpft die Konjunkturschwankungen durch eine antizyklische Fiskal- und Geldpolitik, verbessert die Wachstumsbedingungen durch Verbesserungen der Infrastruktur, und sorgt generell für die Bereitstellung öffentlicher Güter, zu denen nicht nur innere und äußere Sicherheit zählen, sondern implizit auch der gesellschaftliche Zusammenhalt und damit der soziale Ausgleich.

Dementsprechend sind Vollbeschäftigung und eine relativ gleichmäßige Einkommensverteilung konstitutive Ziele des europäischen Modells, der Staat greift insbesondere in drei Bereichen in die Marktprozesse ein, um die Ungleichheit in den Entfaltungschancen und Lebensbedingungen zu mildern: in der Vorbereitung auf das Erwerbsleben (das Bildungswesen wird in Europa überwiegend vom Staat organisiert), im Erwerbsleben (Regulierung des Arbeitsmarkts, insbesondere durch den Arbeitnehmerschutz) und bei Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (durch die Sozialversicherung für den Fall von Unfall und Krankheit, Arbeitslosigkeit sowie für den Ruhestand). In diesen Bereichen unterscheidet sich das europäische Modell besonders markant vom amerikanischen, in dem das Bildungswesen überwiegend privatwirtschaftlich organisiert wird (dies gilt insbesondere für die Eliteeinrichtungen), in dem es keinen nennenswerten Arbeitnehmerschutz gibt (»hire and fire«) und in dem die staatliche Absicherung gegen Einkommensverluste als Folge von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Pensionierung kaum entwickelt ist.

Entsprechend der Komplementarität von Markt und Staat ist das europäische Modell der Sozialen Marktwirtschaft bzw. des Wohlfahrtsstaats hinsichtlich der Interaktion der Akteure durch eine Kombination von Konkurrenz und Kooperation gekennzeichnet, letztere insbesondere in und zwischen den Interessenverbänden. Im amerikanischen »Laissez-faire-Modell« dominiert hingegen das Prinzip der Konkurrenz von Individuen, deren Zusammenwirken nach neoliberalen Credo gleichzeitig auch das soziale Optimum gewährleistet. Anders ausgedrückt: Das europäische Modell berücksichtigt die »duale« Existenz des Menschen als individuelles und soziales Wesen in höherem Maß als das stärker vom Individualismus geprägte amerikanische Modell.

Die hohe Attraktivität und damit auch Identitätsstiftung des Modells der Sozialen Marktwirtschaft in der ersten Hälfte der Nachkriegszeit in Europa war nicht nur eine Folge der vorangegangenen Klassenkämpfe, der Weltwirtschaftskrise und des Faschismus sowie der kommunistischen Bedrohung nach 1945 (sie ließ Arbeit und Kapital näher zusammenrücken), sondern auch der Tatsache, daß in diesem Gesellschaftskonzept wesentliche Elemente jener zwei Ideologien enthalten sind, welche die beiden wichtigsten politischen Lager maßgeblich prägten: der Reformismus der Sozialdemokratie und die Soziallehre der christlichen Kirchen, insbesondere die katholische Soziallehre.

Die Performance des europäischen Modells

In der ersten Hälfte der Nachkriegszeit, also bis Anfang der siebziger Jahre, zeigte das europäische Modell nach allen wesentlichen Kriterien wie Wachstumstempo, Realkapitalbildung, Beschäftigungsniveau, Preisstabilität, Einkommensverteilung und sozialem Ausgleich eine bessere Performance als das amerikanische Modell. Diese ausgeprägten Unterschiede hielten weit über die Wiederaufbauphase an und können auch nicht primär durch den wirtschaftlichen Aufholprozeß (West-)Europas gegenüber den USA erklärt werden.

Die wichtigste Ursache für die hervorragende gesellschaftliche Entwicklung in Europa bestand in der Kohärenz der wichtigsten Elemente des Modells der Sozialen Marktwirtschaft (die mesoökonomischen Rahmenbedingungen) mit den makroökonomischen Rahmenbedingungen (»Prosperitätssyndrom«); letztere lenkten durch feste Wechselkurse, insbesondere des Dollars als Weltwährung, durch dementsprechend stabile Rohstoffpreise, sowie durch niedrige, unter der Wachstumsrate liegende Zinssätze das unternehmerische Gewinnstreben auf langfristig orientierte Investitionen und Innovationen auf Gütermärkten kurzfristige Spekulation auf den Finanzmärkten blieb hingegen unattraktiv.

Paradoxe Weise hat gerade der Erfolg des europäischen Modells langfristig sein politisches Fundament – den »großen Konsens« zwischen Arbeit und Kapital – unterminiert: Unter der Bedingung anhaltender Vollbeschäftigung begannen die Gewerkschaften in den sechziger Jahren neue Forderungen zu stellen, und zwar nach Umverteilung zugunsten der Löhne sowie nach betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung. Mitte der sechziger Jahre begann die Streiktätigkeit in Europa sprunghaft zuzunehmen, unter diesem Druck gelang es den Gewerkschaften, ihre Forderungen zu einem erheblichen Teil durchzusetzen. 1968 drängte die Studentebewegung (der sich viele Intellektuelle anschlossen, insbesondere in den Medien) und wenig später die Ökologiebewegung die Unternehmerschaft immer mehr in die gesellschaftspolitische Defensive.

In dieser Lage nahm ihre Bereitschaft zu, jene Theorie (wieder) zu akzeptieren, welche den Wohlfahrtsstaat selbst als das »Grundübel« ansieht, der Neoliberalismus im neuen Gewand des Monetarismus wurde langsam wieder attraktiv. Schon im Jahr 1968 schaffte Milton Friedman mit seiner monetaristischen Theorie den Durchbruch auf akademischem Boden, seine Forderung nach einer Liberalisierung aller Finanzmärkte, insbesondere nach einer Aufgabe fester Zinssätze und Wechselkurse, aber auch nach Rückbau des Sozialstaats und nach Abkehr von jeder (Voll-)Beschäftigungspolitik trugen wesentlich zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik bei, welche sich immer mehr auf Geldwertstabilität und staatliche Haushaltsdisziplin konzentrierte.

Durch die schrittweise Umsetzung der monetaristischen Rezepte änderten sich die makro-

ökonomischen Rahmenbedingungen fundamental («Krisensyndrom»): Die Aufgabe der festen Wechselkurse führte zu enormer **Instabilität der Währungen**, insbesondere des Dollars. Seine Entwertung 1971/73 und 1977/79 trug wesentlich zu den beiden »Ölpreisschocks« 1973 sowie 1979 und den nachfolgenden Rezessionen bei. Der Kurswechsel der wichtigsten Notenbanken zu einer monetaristischen **Hochzinspolitik** 1979/80 führte dazu, daß der Zinssatz seither permanent über der Wachstumsrate liegt, was die reale Investitionsdynamik nachhaltig dämpfte. Schließlich schufen **Finanzinnovationen**, insbesondere die Derivate, immer mehr Möglichkeiten für kurzfristige Spekulation. Allgemein gilt: Im »Krisensyndrom« der letzten 25 Jahre nahm die Attraktivität von Veranlagung und Spekulation auf den Finanzmärkten relativ zu realer Investition und Innovation auf den Gütermärkten zu.

Da der Staat im europäischen System der Sozialen Marktwirtschaft mehr Aufgaben übernommen hat als in den USA, ließen die Halbierung der Wachstumsrate und der permanent darüber liegende Zinssatz die **Staatsschulden** rascher steigen als die Gesamtproduktion (BIP). Gleichzeitig bewirkten die stetige Verbesserung der Qualifikation der Arbeitskräfte und die damit korrespondierende Steigerung der Kapitalausstattung je Arbeitsplatz (Rationalisierungen), daß die Arbeitsproduktivität in Europa wesentlich stärker stieg als in den USA; überdies schränkten auch die arbeitsrechtlichen Bestimmungen das Entstehen von Niedriglohnarbeitsmärkten ein. Unter diesen für das europäische Modell typischen Bedingungen verhinderte die nachhaltige Wachstumsdämpfung jede nennenswerte Beschäftigungsausweitung, die **Arbeitslosigkeit** stieg in jeder Rezession schubartig an und konnte danach nicht mehr deutlich reduziert werden.

In den USA trugen das hohe Angebot an relativ schlecht qualifizierten Arbeitskräften, die geringen Arbeitslosenunterstützungen und das »Hire-and-fire«-Prinzip dazu bei, daß sich Beschäftigung und Produktion bei abgeschwächtem Wachstum zu den traditionellen Dienstleistungen mit **niedriger Produktivität** verlagerten, wie Handel, Gastgewerbe, Gesundheitswesen oder persönliche Dienste: In diesen Bereichen entstanden die meisten Jobs, sie wurden jedoch so schlecht bezahlt, daß immer mehr Arbeitnehmer unter die Armutsgrenze fielen (»working poor«).

Die unterschiedliche Reaktion in den USA und Europa auf die Verschlechterung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, zeigt sich auch an den **sozialen Konsequenzen** der Wachstumsabschwächung:

- In (Kontinental-)Europa manifestiert sich das »Krisensyndrom« in erster Linie in der steigenden **Arbeitslosigkeit**, die Folgeprobleme wie Armut, Ausgrenzung und Kriminalität konnten hingegen durch die Systeme der sozialen Sicherheit in Grenzen gehalten werden.
- In den USA manifestierte sich die mit dem »Krisensyndrom« verbundene gesamtgesellschaftliche Ineffizienz in der starken Zunahme der **Einkommensungleichheit**, der **Verarmung** und der **Kriminalität**.

Die soziale und politische »sustainability« gesellschaftlicher Entwicklungspfade hängt in hohem Maß von der (In-)Kohärenz der Teilentwicklungen mit den Grundwerten der jeweiligen Gesellschaft ab; in dieser Hinsicht ist das **US-Modell** unter den Bedingungen des »Krisensyndroms« robuster als das **europäische Modell**: zunehmende Ungleichheit, Armut und Kriminalität können in einer Gesellschaft, welche vom Grundsatz »Jeder ist seines

(Un)Glücks Schmied« geprägt wird, leichter hingenommen werden als Massenarbeitslosigkeit in einer Gesellschaft, in der sozialer Ausgleich und Solidarität einen relativ höheren Stellenwert haben.

Seit Anfang der neunziger Jahre haben sich überdies die makroökonomischen Rahmenbedingungen in den USA markant verbessert, die Niedrigzinspolitik, der unterbewertete Dollarkurs und die »nachfrageschonende« Budgetkonsolidierung durch den höheren Spitzensteuersatz förderten (wieder) Aktivitäten auf den **Gütermärkten**, insbesondere Investitionen und Export. In der EU ergab sich hingegen durch die Hochzinspolitik der Bundesbank, den nachfolgenden Zusammenbruch der festen EWS-Wechselkurse und die nachfragedämpfende Sparpolitik eine genau gegenteilige Entwicklung.

Unter diesen Bedingungen haben sich mehrere gesellschaftliche Widersprüche in Europa verschärft:

- Das Verhältnis zwischen **Unternehmern** und **Arbeitnehmern** wird von einer wachsenden Entfremdung geprägt, im Gegensatz zu dem für die Prosperitätsphase typischen Korporatismus: Immer häufiger machen die Sozialpartner die jeweilige Gegenseite für die Verschlechterung der eigenen Lage (mit)verantwortlich.
- Die Beziehungen zwischen der **Unternehmerschaft** und den jeweiligen **Regierungen** hat sich insbesondere deshalb verschlechtert, weil viele Unternehmen die Belastung mit Abgaben, aber auch durch arbeitsrechtliche und ökologische Auflagen, angesichts des wachsenden Konkurrenzdrucks als zu hoch empfinden.
- Im Verhältnis zwischen den **Gewerkschaften** und den jeweiligen **Regierungen** nahmen die Spannungen in erster Linie deshalb zu, weil für die Gewerkschaften der Rückzug des Staates von einer aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Aufgabe seiner Schutzfunktion bedeutet.

Alle diese Entwicklungen schwächten die gesellschaftliche Kohärenz in Europa; ökonomisch findet dies seinen markantesten Ausdruck in der **Massenarbeitslosigkeit**, sozial in wachsender **Entsolidarisierung** sowie politisch in einem steigenden Stimmenanteil **rechts-populistischer (Protest-)Parteien**.

Am Ende der Geschichte: Das verewigte amerikanische Modell

Angesichts der in den neunziger Jahren besseren ökonomischen Performance der USA im Vergleich zu Europa neigen immer mehr Intellektuelle, insbesondere im Medien- und Wissenschaftsbetrieb, und – in Wechselwirkung zu ihnen – immer mehr (Spitzen-)Politiker dazu, das europäische Modell selbst für eine, wenn nicht sogar für die Hauptursache der hohen Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung zu halten (»Eurosclerosis«). Dabei werden nicht nur die »Schattenseiten« der amerikanischen Gesellschaft ausgeblendet sowie die Tatsache, daß eine pragmatische Wirtschaftspolitik seit fast zehn Jahren realwirtschaftliche Aktivitäten in den USA wieder attraktiver gemacht hatte (ganz im Gegensatz zur EU), sondern insbesondere die fundamentale **Inkohärenz** zwischen den »finanzkapitalistischen« Rahmenbedingungen und den essentiellen Komponenten des europäischen Modells.

Dem Augenschein folgend, fordern die Anhänger der »Eurosclerosis«-These daher eine **Deregulierung des Arbeitsmarkts**, insbesondere eine Lockerung des Arbeitnehmerschut-

zes, und eine Senkung der Arbeitslosenunterstützungen, einen **Rückbau des Sozialstaats**, insbesondere der Systeme der sozialen Sicherheit, eine Fortsetzung der **Reallohnzurückhaltung**, sowie eine Senkung der Steuerbelastung bei gleichzeitiger **Beschneidung der Staatsaufgaben**.

All diese Rezepturen erscheinen auch deshalb so plausibel, weil durch die neoliberale »Globalisierung der Köpfe« das **symptomhaft-einzelwirtschaftliche Denken** im Vergleich zu systemisch-gesamtwirtschaftlicher Analyse ein Übergewicht bekommen hat, insbesondere im Wechselspiel von Medien und Politik. Das »System Politik und Staat«, welches im europäischen Modell immer ein **Gegengewicht** zum »System Markt und Unternehmen« bildete, wird nunmehr **selbst** als Dienstleistungsbetrieb begriffen, der sich zu seiner »Fitness« zu »verschlanke« habe (die Politik soll sich gewissermaßen selbst »entpolitisieren«, etwa durch eine rigorose Sparpolitik). Auch ganze Volkswirtschaften werden als »Firmen« gedacht, deren Hauptzweck in der Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und im Gewinn von Marktanteilen besteht (wer aber kümmert sich um die systemischen Konsequenzen der Dominanz solcher betriebswirtschaftlicher Kalküle in der Wirtschaftspolitik, wurde dergleichen nicht schon in den dreißiger Jahren versucht?).

So wie der amerikanische Philosoph Francis Fukuyama hinsichtlich der Systemkonkurrenz zwischen Sozialismus und Kapitalismus aus dem Zusammenbruch der Regime in Osteuropa und Rußland schloß, daß sich das **kapitalistische Modell** endgültig durchgesetzt habe und daher »Das Ende der Geschichte« angebrochen sei (so auch der Titel seines 1992 erschienen Essays), so schließen neoliberale Geistesgrößen aus der Entwicklung in den neunziger Jahren, daß sich das **amerikanische Modell** als die einzig effiziente und daher »wahre« Ausprägung einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung erwiesen habe. Demnach würde sich die Gesellschaftsordnung in Europa unweigerlich dem amerikanischen Modell annähern, die Regulierung der Arbeitsmärkte würde schrittweise aufgehoben, die Sozialversicherungssysteme (und damit auch das Solidaritätsprinzip) werden langsam durch Eigenvorsorge ersetzt, der Staat und seine Beschäftigten immer mehr verschlankt, nicht zuletzt unter dem Druck der Budgetnöte und der im »Euroland« perpetuierten Maastricht-Kriterien.

Ein solches »finale« Szenario für die Zukunft des europäischen Modells kann zwar nicht ausgeschlossen werden, ist jedoch viel weniger wahrscheinlich als es dem (Wunsch-)Denken neoliberaler Intellektueller und Politiker erscheinen mag; denn während letztere in der Lage sind, sich rasch einem **Zeitgeist** anzupassen und ihn umgekehrt auch zu prägen, weisen Institutionen, Lebensgewohnheiten und Wertvorstellungen von Gesellschaften eine ausgeprägte **Beharrungstendenz** auf. Nicht zuletzt auch die in Jahrzehnten auf- und ausgebauten Machtpositionen von Verbänden und Parteien verstärken die »path dependence« der gesellschaftlichen Dynamik.

In bezug auf die Zukunft des europäischen Modells bedeutet dies: Da für die Bürger in Europa die **Verantwortlichkeit** des »Systems Politik« für Beschäftigung, soziale Sicherheit und generell für den **gesellschaftlichen Zusammenhalt** einen größeren Stellenwert haben als in den USA, fehlt einer Liquidation der Sozialen Marktwirtschaft durch das »System Politik« die Legitimationsbasis. Überdies ist dafür auch die **Machtposition** von Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie der Arbeitnehmerfraktionen in den christ-demokratischen Parteien zu stark (zwar sind die Spitzenpolitiker beider »Lager« in Europa in hohem Maß vom neoliberalen Zeitgeist erfaßt, die mittleren und unteren Kader aber viel weniger).

Angesichts dieser Bedingungen wäre eine Liquidation des europäischen Modells nur als »Notstandsmaßnahme« im Zuge einer schweren Wirtschaftskrise denkbar. Genauer betrachtet, erscheint aber auch dies unwahrscheinlich: Wie alle Krisen der letzten 25 Jahre wird auch die nächste Wirtschaftskrise durch die **Instabilität der Finanzmärkte** ausgelöst werden, gleichzeitig wird immer klarer werden, daß die vollständige Deregulierung der Finanzmärkte, also eine zentrale **Forderung des Neoliberalismus** selbst, den Nährboden für das Entstehen solcher Krisen bildet. Kraft einer »List der Geschichte« werden sich die neoliberalen Geister daher **gegen sich selbst** richten, wie beim »Zauberlehrling« – Ostasien, Rußland und demnächst Brasilien machen diese Dialektik deutlich. Sie wird das europäische Modell und seine notwendigen Rahmenbedingungen, nämlich Aktivitäten auf den Gütermärkten im Vergleich zu den Finanzmärkten attraktiver zu machen, wieder stärken.

Am Anfang einer Prosperitätsphase: Die Erneuerung des europäischen Modells

Aus folgendem Grund scheint weniger das Ende des europäischen Modells zu nahen als vielmehr das (vorläufige) Finale für jenes »finanzkapitalistische« Regime, das die realwirtschaftliche Entwicklung in den letzten 25 Jahren nachhaltig beeinträchtigte: Die in der Phase boomender Finanzmärkte akkumulierten Finanzforderungen sind in immer geringerem Ausmaß realwirtschaftlich »gedeckt«, es steht ihnen also kein gleichwertiges Realkapital gegenüber. Daher wird es zu einer nachhaltigen »Korrektur« kommen müssen, also einer **Entwertung der Finanzaktiva**. Diese Problematik soll an vier Beispielen skizziert werden. Nicht zuletzt weil der Zinssatz seit fast 20 Jahren die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate permanent übersteigt, sind die Finanzvermögen der privaten Haushalte überdurchschnittlich stark gestiegen; gleichzeitig wuchs das unternehmerische Realkapital langsamer als das BIP, da die Unternehmen **selbst** in steigendem Ausmaß Finanzaktiva akkumulierten. Den gesamten Finanzvermögen steht daher in wachsendem Ausmaß nicht Realvermögen gegenüber, sondern **Finanzschulden des Staates**.

Unter dem Druck der Maastricht-Kriterien konnten die europäischen Regierungen den Zuwachs der Staatsverschuldung in erster Linie dadurch bremsen, daß die eigenen Volkswirtschaften und damit auch die gesamte EU immer höhere Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber dem Rest der Welt erzielte: Die entsprechenden Finanzdarlehen an **Entwicklungsländer** und **ehemalige Planwirtschaften** wurden aber in hohem Maß nicht zur Finanzierung der Realkapitalbildung verwendet, sondern zur Finanzierung staatlicher Defizite und werden daher in hohem Maße abgeschrieben werden müssen.

Der übrige Teil der internationalen Finanzforderungen der EU, aber auch von Japan, besteht gegenüber den USA; insgesamt betragen die **Auslandsverbindlichkeiten der USA** bereits etwa 1.500 Mrd. \$, und es erscheint nahezu ausgeschlossen, daß diese je real, also durch Güter und Dienstleistungen »made in USA« zurückgezahlt werden: Dazu müßten die USA 10 bis 20 Jahre lang **Überschüsse** in ihrer Leistungsbilanz erzielen, tatsächlich beträgt jedoch ihr Defizit zwischen 200 und 300 Mill. \$ pro Jahr (in diesem Maß wächst ihre Auslandsschuld weiter an).

Das letzte Beispiel betrifft den **Aktienmarkt**: Während der Wert des Anlagevermögens des »corporate business« in Deutschland und den USA seit 1980 nur um etwa 150% gestiegen ist (zu laufenden Kapitalgütermittelpreisen), stieg der Unternehmenswert zu laufenden

Aktienkursen um etwa 1000%. Die **Überbewertung** der Unternehmen durch den Aktienmarkt impliziert, daß dem Nominalwert aller Aktien keine entsprechende realwirtschaftliche Deckung gegenübersteht.

In welcher Form auch immer die »Bewertungskorrektur« der Finanzvermögen erfolgen und sich auf die Industrieländer ausbreiten wird (in Ostasien und Rußland hat sie schon stattgefunden, als nächstes dürfte Lateinamerika drankommen), sie wird die Besitzer der großen Finanzvermögen (Rentiers) und ihre Interessenvertreter, den Finanzsektor und die Notenbanken, schwächen und ihre Ideologie, den Neoliberalismus, in Mißkredit bringen. »Sozialpädagogisch« wird die Krise nach einer Hochblüte des Finanzkapitals die ernüchternde Einsicht befördern, daß Geld doch nicht arbeitet.

Selbst wenn es nicht zu einer schweren Finanzkrise in den Industrieländern kommt (indem es etwa gelingt, weiterhin »fiktive« Vermögen durch anhaltend starke Aktienkurssteigerungen zu erzeugen), scheint eine schrittweise **Neuorientierung** der Wirtschaftspolitik in Europa entsprechend den Prinzipien der **Sozialen Marktwirtschaft** – freilich angepaßt an die im Vergleich zur ersten Hälfte der Nachkriegszeit geänderten technologischen und politischen Bedingungen – aus mehreren Gründen wahrscheinlicher als eine »Amerikanisierung« Europas:

- Wesentliche Komponenten der Sozialen Marktwirtschaft wie die (Mit-)Verantwortung des »Systems Politik« für Beschäftigung, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt entsprechen den **Bedürfnissen der Bürger** in Europa mehr als die Grundsätze einer »Laissez-faire«-Ökonomie.
- Deshalb werden die auch in Europa wachsende Ungleichheit und Armut in höherem Maß als in den angelsächsischen Ländern als Probleme empfunden, welche **politische Gegenstrategien** notwendig machen.
- Zwar können sich die Wünsche vieler Bürger nach einer solchen Politik, welche nicht nur die Entfaltung des individuellen Eigennutz fördert, sondern auch die Bedürfnisse der **Bürger als soziale Wesen** berücksichtigt (Solidarität als »Egoismus höherer Ordnung«), deshalb schwer artikulieren, weil viele Intellektuelle und Politiker stärker als die »Normalverbraucher« vom neoliberalen Denken geprägt werden (die enormen Auflagen von einzelnen Büchern des Protests gegen die neoliberale Politik wie »Der Terror der Ökonomie« oder »Die Globalisierungsfalle« verweisen auf diese Problematik), doch sind andererseits Kopfarbeiter besonders flexibel, sie werden daher spätestens dann einen Kurswechsel propagieren, wenn die neoliberalen Rezepte nicht mehr durchgesetzt werden können.
- Dies dürfte etwa im Bereich der Fiskalpolitik schon in der nächsten Rezession der Fall sein: Wenn dann die Budgetdefizite um zwei oder drei Prozentpunkte steigen, so werden **Sparpakete** wie in den letzten Jahren, welche den sozial Schwächeren in vielen EU-Ländern besonders hohe Beiträge abverlangten, politisch kaum durchsetzbar sein.
- Das mit der Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion gestärkte **Selbstvertrauen der EU** wird dazu beitragen, wieder ein **eigenständiges** wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept zu entwickeln, welches den Wertvorstellungen und Lebensgewohnheiten der Europäer entspricht und daher nach einer **Integration** der gegensätzlichen

»Pole« individuell/sozial, Eigennutz/Gemeinwohl, Markt/Politik sowie Konkurrenz/Kooperation strebt.

- Schließlich dürfte eine Art von »politischem Langzeitgedächtnis« bewußt machen, daß die ökonomische und soziale **Performance Europas** in der von der Sozialen Marktwirtschaft geprägten ersten Hälfte der Nachkriegszeit ungleich besser ausgefallen war als in der zweiten, stärker vom Neoliberalismus geprägten Hälfte.

Knapp zusammengefaßt: Für eine neue **Prosperitätsphase** in Europa müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: eine Neugestaltung der **makroökonomischen Rahmenbedingungen** in einer solchen Weise, daß Aktivitäten auf den Gütermärkten wieder wesentlich attraktiver werden im Vergleich zu Finanzveranlagung und -spekulation, sowie eine **Erneuerung des europäischen Modells** der Sozialen Marktwirtschaft. Die erste Bedingung dürfte durch die schon akuten und noch kommenden Finanzkrisen ermöglicht werden, insbesondere auch deshalb, weil diese Krisen eine wesentlich expansivere Geldpolitik der Notenbanken erzwingen werden und diese erstmals **europaweit** durch die EZB möglich ist. Die Realisierung der zweiten Bedingung wird durch die konkrete Erfahrung in der **Prosperitäts-** und der **Krisenphase** der Nachkriegszeit ebenso gefördert wie durch das Bedürfnis der Bürger nach einer solchen Wirtschaftsordnung, welche der eigenen **Geschichte** und den aus ihr gewachsenen **Lebensgewohnheiten** und **Wertvorstellungen** entspricht und deshalb nach einem Ausgleich strebt zwischen individueller Freiheit und sozialer Verantwortung.

Bis beide Bedingungen realisiert sind werden freilich werden noch mehrere Jahre vergehen; denn am Ende einer Sackgasse fehlt es an Orientierung und Zuversicht. So auch in jener Sackgasse, in die uns die neoliberalen Geistesgrößen geführt haben.